
8682/J XXV. GP

Eingelangt am 16.03.2016

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten Doppler
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
betreffend fondsgebundene Lebensversicherungen

vorarlberg.orf.at berichtete am 10.3.2016:

"Massenklage gegen Lebensversicherungen

Der Feldkircher Hans-Jörg Vogl bereitet eine Massenklage gegen fondsgebundene Lebensversicherungen vor. Die Kunden würden weder ihr eingezahltes Kapital noch die vereinbarte Rendite erhalten. Die laufenden Kosten seien zudem höher als die Erträge.

Tausende Versicherte in Österreich, die eine fondsgebundene Lebensversicherung abgeschlossen haben, erhalten seit einigen Wochen unerfreuliche Post. In den Schreiben würden die Versicherungen ihre Kunden darüber informieren, dass sie einen satten Verlust einfahren würden, berichtet die Erste Allgemeine Schadenshilfe AG in Liechtenstein.

„Absolute Geldvernichtungsmaschinen“

Der Feldkircher Anwalt Vogl bereitet derzeit 700 Klagen von Inhabern fondsgebundener Lebensversicherungen vor. Sie seien bei Vertragsabschluss nicht korrekt über Rücktrittsrecht und Kosten aufgeklärt worden. Die Kunden würden weder ihr eingezahltes Kapital noch die vereinbarte Rendite erhalten.

Zuletzt schmelze sogar die Höchstgarantie des Fonds, da die laufenden Kosten höher als die Erträge seien, so Vogl. Die Versicherten seien falsch beraten worden und bei den Produkten handle es sich um „absolute Geldvernichtungsmaschinen“. Viele hätten fondsgebundene Lebensversicherungen als Tilgungsträger erworben, um etwa eine Wohnung finanzieren zu können."

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz folgende

Anfrage

1. Wie viele Personen sind derzeit von dieser Fehlentwicklung betroffen?
2. Gab es in den letzten Jahren Meldungen Betroffener an Ihr Ressort, bzw. an eine nachgeordnete Dienststelle?
3. Wenn ja, was haben Sie, bzw. Ihr Ressort unternommen?
4. Unterstützen Sie, bzw Ihr Ressort, betroffene Bürger?
5. Wenn ja, wie?
6. Wenn nein, warum nicht?

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.